



Moralisches Totalversagen

Die weltweite Verteilung der Corona-Impfstoffe und die egoistische Politik der Pharmakonzerne und einzelnen Nationen machen die Kluft zwischen Arm und Reich bodenlos. Der Ausweg aus der Pandemie wird damit verbarrikadiert. **Alexandra Keller**

Dass die Ausnahmesituation Gier wecken würde, war schneller klar, als es dauert, das Wort Solidarität auszusprechen. Zu Beginn der Corona-Pandemie triggerte der Mangel an allem, was schützt, eine unheimliche Goldgräberstimmung. Sie hält an. Aktuell zerbröseln deswegen beispielsweise die Glaubwürdigkeit der deutschen Schwesterparteien CDU/CSU, haben sich doch gleich mehrere Unions-Politiker mit Maskengeschäften ihre Nebeneinkünfte aufgefettest. Hierzulande zerbröseln wegen der Maskenaffäre bei der Hygiene Austria die Glaubwürdigkeit der Herkunftsbezeichnung „Made in Austria“, fällt es doch auch mit viel Fantasie schwer, China zu Österreich zu zählen. Wird die globale Situation betrachtet, sind diese Affären jedoch nur stecknadelkopfgroße Spitzen eines Eisbergs, der gerade den Rumpf jenes Schiffes zerstört, in dem alle Menschen sitzen, wenn es um die Corona-Pandemie geht. Um die Corona-Pandemie und die Sehnsucht nach ihrer Eindämmung durch die Herdenimmunität. Die lässt sich nur durch ein sattes Durchimpfen der Weltbevölkerung erreichen. Doch der Weg zu diesem Ziel – der Ausweg – wird knallhart verbarrikadiert.

Bis zu neun Billionen Schaden

Auf der menschlichen Seite dieser Geschichte sind Zahlen mit humanitären Katastrophenzuständen gleichzusetzen, denen sich die Vorstellungskraft gerne verschließt. Die monetäre Seite lässt sich einfacher darstellen, selbst wenn auch diese Zahlen eine Schnappatmung auslösen. Anfang Februar 2021 zitierte das deutsche Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* die Berechnungen von Ökonomen, laut denen eine ungerechte Verteilung von Impfstoffen der Weltwirtschaft einen Schaden zwischen 1,8 Billionen und 3,8 Billionen Dollar zufügen könnte. Eine Billion entspricht 1000 Milliarden, und diese Berechnung fußt auf der Annahme, dass Entwicklungsländer bis Ende 2021 die Hälfte ihrer Bevölke-

rung geimpft haben. Dieses Best-Case-Szenario mutet utopisch an. Das Worst-Case-Szenario liegt näher. In dem Fall gingen die Forscher davon aus, dass die Bevölkerung der wohlhabenden Länder bis Mitte 2021 vollständig geimpft sein wird, die ärmeren Länder aber weitgehend ausgeschlossenen werden. Dann muss mit einem Schaden von neun Billionen Dollar – in Ziffern 9.000.000.000.000 – gerechnet werden.

Der Zahlenspiele rund um die ungerechte globale Verteilung der Corona-Impfstoffe gibt es viele. So hat der ehemalige deutsche Vizekanzler und SPD-Politiker Sigmar Gabriel, der für das



Herdenimmunität geht nur, wenn die ganze Welt immun ist.“

Beratungsunternehmen Eurasia tätig ist, berechnet, dass eine ausbleibende Unterstützung für Schwellen- und Entwicklungsländer während der Corona-Pandemie bis 2025 etwa durch fehlende Exporte, Touristen oder Gaststudenten allein in Deutschland einen Schaden von 8,1 Milliarden Euro verursachen könnte. Laut Gabriel sei es im eigenen Interesse Deutschlands, sich um eine gerechte Verteilung der Corona-Impfstoffe zu bemühen. „Herdenimmunität geht nur, wenn die ganze Welt immun ist. Abschottung geht in Deutschland nicht“, stellte Gabriel fest, wobei Deutschland mit dem Namen jedes wohlhabenden Landes ersetzt werden könnte, das im Zusammenhang mit der Impfstoffgier jede Viruslogik negiert.

Zuschlag an den Meistbietenden

Diese Schadensschätzungen werden von Gewinnschätzungen begleitet. Schon im November 2020 berichtete etwa die *Handels-*

zeitung Schweiz, dass der US-Arzneimittelhersteller Pfizer und die deutsche Biotech-Firma Biontech 2021 mit einem auf dem Corona-Impfstoff basierenden Profit von 13 Milliarden Dollar rechnen dürfen. Egal woher, egal von wem.

Die Verhandlungen mit den Impfstoff-Herstellern gleichen einerseits einem Basar, andererseits einer Versteigerung und – wie immer – gilt: Der Zuschlag geht an den Meistbietenden. In dieser Kapitallogik müssen ärmere und arme Länder zwingend verlieren. In der Arena der Reichen spielen sie keine große Rolle.

In dieser Arena jongliert der österreichische Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) mit dem Vorwurf, den Gesamtkostenrahmen für die Corona-Impfstoff-Beschaffung in Österreich mit „bis zu 200 Millionen“ Euro gedeckelt und damit das Land zu einem Impf-Lahmen gemacht zu haben. Richtig spannend wird diese Zahl, wird sie mit den österreichischen Corona-Hilfsmaßnahmen in Relation gesetzt, die im Dezember 2020 bereits 50 Milliarden Euro betragen.

Diese beiden Ebenen sind es, die Fred Roeder, Gesundheitsökonom und Geschäftsführer des Consumer Choice Center, eines internationalen Verbraucherverbandes, Anfang März 2021 in einem Gastkommentar in der deutschen Tageszeitung *Die Welt* näher beleuchtete und im Zusammenhang mit dem globalen Wettlauf um die Impfung gegen COVID-19 feststellte: „Die EU zahlt lediglich halb soviel pro Dosis des AstraZeneca-Impfstoffs wie Großbritannien und mit zwölf Euro ein Drittel weniger für den Biontech/Pfizer-Impfstoff im Vergleich zu den Briten. Israel, das wahrscheinlich das erste Land sein wird, das seine gesamte Bevölkerung durchimpft, hat etwa drei Mal soviel für den Impfstoff von Pfizer bezahlt.“

Hätte die EU – mit dem Ziel, alle 450 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner zu immunisieren – den gleichen Preis für den Pfizer-Impfstoff bezahlt wie Israel, wären Kosten in Höhe von 36 Milliarden Euro entstanden. 80 Euro pro EU-Bürgerin und Bürger wären das gewesen.

Auf 1500 Euro pro EU-Bürger kommt, wer das im Dezember 2020 beschlossene, 700 Milliarden Euro schwere COVID-Konjunkturprogramm der EU auf seine Einwohner verteilt. Ende Februar 2021 war fast die gesamte Bevölkerung Israels geimpft, in der EU lag der Schnitt zu diesem Zeitpunkt bei etwa 7,4 Impfungen pro 100 Einwohner. „Selbst wenn die EU 250 Euro pro Dosis und damit 500 Euro pro Einwohner ausgäbe, zahlte sie am Ende nur ein Drittel dessen, was für den Corona-Wiederaufbaufonds vorgesehen ist“, so Gesundheitsökonom Roeder.

Patentaussetzung bei Impfstoffen

Geiz ist im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie kein geiler Ratgeber. Und Gier ist es ebenso wenig. Am 9. März 2021, kurz vor einer neuen Verhandlungsrunde der WTO (Welthandelsorganisation) in Genf, machte sich die Organisation Ärzte ohne Grenzen beispielsweise neuerlich für eine Patentaussetzung bei COVID-19-Impfstoffen stark.

In einer von knapp 100 Ländern unterstützten Resolution war gefordert worden, dass Staaten geistige Eigentumsrechte auf medizinische Hilfsmittel und Technologien zur Bekämpfung von COVID-19 aussetzen dürfen, bis eine Herdenimmunität erreicht



Foto: WHO

WHO-Direktor Tedros Adhanom Ghebreyesus:

„Es wäre genug für alle Menschen da – würden reiche Länder teilen.“

ist. Auch vor dem EU-Gipfel Ende März 2021 waren die Patentrechte Thema, deren Aussetzung bis zuletzt die EU selbst, die USA, Großbritannien, Japan, Australien, Brasilien, Kanada, Norwegen und die Schweiz blockierten. „Die Aussetzung von Patentmonopolen wäre für viele ärmere Länder, die auf dem freien Markt den Kürzeren ziehen, ein wichtiger Schritt zu einem allgemeinen Zugang zu medizinischen Hilfsmitteln gegen die Pandemie. Stattdessen schließen Pharmaunternehmen, durch Patentmonopole geschützt, inmitten der Pandemie geheime Deals mit einzelnen Regierungen ab, die Länder mit geringerem Einkommen ausschließen“, heißt es in der Presseaussendung von Ärzten ohne Grenzen.

Bereits im Dezember 2020 hatte Amnesty International festgestellt, dass mehrere reiche Nationen, die zusammen nur 14 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, sich bis zu 53 Prozent der vielversprechendsten Corona-Impfstoffdosen gesichert hätten. Laut dem Duke Global Health Institute musste diese Gleichung schon Anfang 2021 dahingehend korrigiert werden, dass sich bis dato 16 Prozent der Weltbevölkerung 60 Prozent des verfügbaren Impfstoffes gesichert hatten.

Während das Gerangel um die Impfstoffe den Egoismus der Nationen immer mehr befeuerte, goss die EU jüngst reichlich Öl in dieses Feuer, indem auf dem Gipfel Ende März 2021 die Exportregeln für Impfstoffe verschärft wurden. Auch Indien, wo ein erklecklicher Teil der Impfstoffe hergestellt wird, hat Exportkontrollen eingeführt.

Entscheidungen zulasten der Ärmsten

So gut wie jede Entscheidung geht zulasten der ärmeren Länder dieser Erde, denen bei all den kapitalstarken Kämpfen die Hände gebunden sind. Ende März war vor diesem Hintergrund ein neuerlicher Hilferuf der WHO zu hören. Deren Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus rief zu Spenden von zehn Millionen Impfdosen auf, da rund 20 Staaten sonst nicht mit dem Impfen beginnen könnten. Er kritisierte den Impfnationalismus und sagte: „Es wäre genug für alle Menschen da – würden reiche Länder teilen.“

Mit der WHO-Initiative COVAX (COVID-19 Vaccines Global Access) hätten all die Ungleichgewichte verhindert werden sollen. COVAX ist ein Konsortium aus privaten und staatlichen Geldgebern und war im April 2020 mit dem Ziel gegründet worden, die Entwicklung und Produktion von Impfstoffen zu beschleunigen, vor allem aber Impfstoff-Dosen bei Herstellern zu kaufen und allen Staaten zuzuteilen, die ihre Teilnahme an COVAX erklärt haben. 190 der 194 WHO-Länder taten dies mit der anfangs beherzten Ambition, dass bis Ende 2021 mindestens zwei Milliarden qualitätsgesicherte und bedarfsgerechte Impfstoffdosen bereitstehen sollten, wobei mindestens 1,8 Milliarden dieser Impfdosen – 1,3 Milliarden davon kostenfrei – für ärmere Länder vorgesehen waren, um im laufenden Jahr 28 Prozent ihrer Bevölkerung schützen zu können.

Rasch wurde klar, dass die COVAX-Ziele direkt proportional mit der Solidarität der Länder bröckelten. Als Mitte Jänner 2021 in knapp 50 wohlhabenden Staaten knapp 40 Millionen Impfdosen verabreicht worden waren, lag die Zahl der gespritzten Dosen in einem der ärmsten Länder der Welt bei 25. „Nur 25 Dosen wurden in einem der ärmsten Länder verabreicht. Nicht 25 Millionen, nicht 25.000, nur 25“, betonte WHO-Chef Ghebreyesus damals. Er stellte zudem fest: „Ich muss unverblümt sagen: Die Welt steht am Rand eines katastrophalen moralischen Versagens.“

Und sie steht am Beginn einer neuen politischen Gewichtung, sind doch Länder wie China oder Russland vielfach die einzigen, die Impfstoffe in die Entwicklungsländer liefern. Und Indien, das über einige der größten Impfstofffabriken der Welt verfügt, hat seinen südasiatischen Nachbarn kürzlich mehr als drei Millionen Dosen Impfstoff geschenkt. „Indien handelt nicht allein aus altruistischen Interessen – genauso wenig wie Russland oder China. Alle drei haben erkannt, dass Impfdiplomatie kein Wohltätigkeitsprojekt ist. Sondern eine auf Jahrzehnte hin einmalige Gelegenheit, den eigenen Einfluss und das politische Gewicht in der Welt zu mehren“, wurden im Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* die Konsequenzen analysiert.

Dramatische Lage

Aufgrund der zahlreichen bilateralen Verträge reicher Staaten mit den Impfstoff-Herstellern bleibt die Lage auf der armen Seite dramatisch. Bis Mai 2021 wollte COVAX eigentlich 237 Millionen Impfdosen an mehr als hundert Länder liefern. 90 Millionen blieben allein wegen der verschärften Kontrollen in Indien auf der Strecke. So kommt es, dass jeder Tropfen auf den heißen Stein in den armen Ländern wie ein Sieg gefeiert wird. Am 16. März 2021 wurde beispielsweise die Ankunft der ersten 14.400 Impfstoff-Dosen in Jamaika zelebriert, einem Land mit rund drei Millionen Einwohnern. Knapp drei Wochen zuvor waren die ersten Impfstoff-Lieferungen in Ghana mit Jubel gelandet. 600.000 Impfdosen waren es. Ghana zählt rund 31 Millionen Einwohner.

„Im Kampf gegen die Pandemie können wir es uns nicht leisten, ärmere Länder zurückzulassen. Es freut mich daher, dass die Bemühungen für einen gerechten Zugang zu Impfstoffen nun erstmals Früchte tragen. Die Pandemie wirkt vielerorts als Brandbeschleuniger für humanitäre Katastrophen und droht, Entwicklungen der letzten Jahre in Hinblick auf die Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele der UNO wieder zunichte zu machen“, hatte Österreichs Außenminister Alexander Schallenberg die erste Ghana-Lieferung am 24. Februar 2021 in einer Aussendung kommentiert und den Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel zitiert: „Niemand ist sicher, solange nicht alle sicher sind.“ Stimmt. Wäre da nicht die inzwischen bodenlose Kluft zwischen Arm und Reich, wäre das der Ausweg aus der Pandemie. Doch der ist ziemlich verbarrikadiert.

ALEXANDRA KELLER

keller@gesundheitswirtschaft.at



Die COVID-19-Krise legte vor einem Jahr manche Schwäche des Sozialsystems offen, so auch im Bereich der Live-in-Betreuung – landläufig als 24-Stunden-Betreuung bezeichnet. Die Sorge, plötzlich keine Betreuerinnen (zu 95 Prozent sind in der Personen-Betreuung Frauen tätig) mehr zur Verfügung zu haben, sobald die Grenzen geschlossen sind, begann plötzlich sowohl die betroffenen Familien als auch die Politik umzutreiben. Die ersten coronabedingten Einbrüche in der 24-Stunden-Betreuung seien Katalysator einer veränderten Wahrnehmung gewesen. Die „Systemrelevanz“ dieser Arbeit sei zum Thema geworden, sagt Brigitte Aulenbacher, Vorständin des Instituts für Soziologie an der Johannes Kepler Universität Linz. „Das ist mit erhöhter medialer Aufmerksamkeit ebenso verbunden gewesen wie mit symbolischen Politiken, darunter Initiativen von Bundesländern, WKO und Agenturen, Betreuerinnen mit eigens gecharterten Sonderflügen und -zügen zu holen.“

Aulenbacher untersuchte zusammen mit dem Sozialwirt Michael Leibfingler und der Soziologin Veronika Prieler in einem Forschungsprojekt den Status Quo von Live-in-Betreuung in Österreich. Durch einen Forschungsverbund mit Wissenschaftlern in Deutschland und der Schweiz konnten auch Vergleiche mit Modellen vermittelter Personenbetreuung in diesen Nachbarländern gezogen werden.¹

Informelle Arrangements

Die Befürchtung, das Betreuungsarrangement könnte zusammenbrechen, habe im Umgang mit den Betreuerinnen zu informellen Änderungen geführt, sagt Aulenbacher. So hätten manche Angehörige ausgefallene Fahrdienste ersetzt, Betreuerinnen an der Grenze abgeholt, Taxifahrten finanziert. „Ferner ist uns von zusätzlichen materiellen Anerkennungen und neuer Wertschätzung durch manche Betreute oder Angehörige berichtet worden.“

Die Pandemie habe auch einer alten Forderung der Betreuungsagenturen neuen Nachdruck verliehen, nämlich nach Erhöhung der staatlichen Förderung, damit das Modell für die Haushalte leistbarer und für die Betreuerinnen mit höheren Honoraren verbunden wäre. Während die Nachfrage nach 24-Stunden-Betreuung stabil geblieben sei, hätten einige Betreuerinnen durchaus überlegt, ob sie diese Tätigkeit unter den Vorzeichen der Pandemie fortsetzen wollten, wodurch sich das Betreuungsangebot verknappen könnte, so die Soziologin. „Allerdings halten



Foto: D. Vellis